№ 350
B 173
Abend-Ausgabe

Berlin

Donnerstag, 26. Juli 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

1000 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteil.): i. V. Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 5600—5663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

England und die Sicherungsfrage.

Paris soll Vorschläge machen.

Eigener Dienst der „Vossischen Zeitung".

* **Paris**, 26. Juli.

Havas verbreitet eine Londoner Meldung, die folgendermaßen lautet: **In diplomatischen Kreisen versichert man, daß die englische Regierung geneigt ist, die Frage der Sicherung Frankreichs zu besprechen in der Form und in dem Augenblick, der der französischen Regierung genehm wäre. Die englische Regierung beabsichtigt jedoch nicht, zuerst Vorschläge zu machen, denn sie ist ebenso wie die französische Regierung der Ansicht, daß die Wiedergutmachung und die Sicherungen zwei verschiedene Fragen sind und daß im Augenblick die erstere der beiden Fragen zur Diskussion steht. Die englische Regierung ist jedoch bereit, wenn die französische Regierung es für richtig hält, gemeinsam mit ihr alle Gesichtspunkte zu prüfen, die die Frage bieten könne und sie würde keineswegs, wie man versichert, das Projekt Lloyd Georges wieder aufnehmen. Die englische öffentliche Meinung, heißt es schließlich in der Havasnote, würdigt in weitgehendem Maße die Bedeutung, die die Sicherungsfrage für die Alliierten Englands habe.**

*

Der Inhalt der Havas-Mitteilung deckt sich im wesentlichsten Inhalt mit der des Reuterbüros, die gestern veröffentlicht wurde, geht aber in einigen Punkten noch über sie hinaus. In der Reuter-Note war lediglich die Bereitwilligkeit der englischen Regierung ausgesprochen, mit Frankreich die Sicherungsfrage in freundschaftlichem und entgegenkommendem Sinne zu besprechen. In der Veröffentlichung der Havasagentur wird ergänzend mitgeteilt, daß die englische Regierung nicht von sich aus die Initiative zu bestimmten Vorschlägen ergreifen werde. Das soll heißen, daß London Vorschläge aus Paris erwartet. Es wird aber hinzugefügt, daß die Regierung Baldwin keinesfalls die Absicht habe, das Projekt Lloyd Georges wieder aufzunehmen. Gemeint ist wohl jener Plan vom Dezember 1921, den der damalige englische Premierminister dem Vorgänger Poincarés, Briand, unterbreitet hat. Er bestand in einem Garantievertrag, durch den England sich verpflichtete, während einer Reihe von Jahren Frankreich bei einem Angriff Deutschlands beizustehen. Briand hat diesen Plan angenommen. Das war vor der Konferenz von Cannes. Hauptsächlich dieser Sicherheitsvertrag war es, den Poincaré, damals Vorsitzender der Auswärtigen Kommission des Senats, zum Anlaß nahm, um Briand während der Konferenz von Cannes in den Rücken zu fallen und zu stürzen. Den Plan Lloyd Georges läßt nun das Kabinett Baldwin fallen, einen anderen stellt es nicht zur Diskussion. Es überläßt es der französischen Regierung, Vorschläge zu machen, und sagt freundschaftliches Entgegenkommen zu. Wie aber die „Sicherungsforderungen" Poincarés aussehen werden, der jetzt alle im Versailler Vertrag noch unerfüllten Träume von der Versümmelung Deutschlands verwirklichen will, darüber kann man sich bei uns nicht den geringsten Illusionen hingeben. Wir haben allen Anlaß, die kommenden englisch-französischen Kompromißverhandlungen über die Sicherungsfrage, die, formell von der Reparationsfrage getrennt, in Wirklichkeit aber in den engsten Zusammenhang gebracht wird, mit der schärfsten Wachsamkeit und dem regsten Mißtrauen entgegenzusehen. Daß die deutsche Regierung bereit ist, Frankreich jede wirkliche, vernünftige Garantie gegen Angriffe zu bieten, hat sich durch den Vorschlag des Rheinpaktes gezeigt. Was aber jetzt anscheinend zwischen London und Paris ausgemacht werden soll, wird wohl weniger auf Sicherung als auf verkappte Annexion hinauslaufen.

Paris und Brüssel antworten getrennt

Eigener Dienst der „Vossischen Zeitung".

wi **Paris**, 26. Juli.

Wie der „Petit Parisien" mitteilt, ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß Paris und Brüssel in London getrennt antworten werden. Die beiden Dokumente, die sie überreichen würden, würden zwar in den Worten nicht identisch sein, aber in ihren Kernpunkten miteinander übereinstimmen. Beide Dokumente werden in freundschaftlichen Worten abgefaßt werden und die Fortsetzung der Verhandlungen ermöglichen. Das gleiche Blatt teilt mit, daß nach Ueberreichung der französischen und belgischen Antwort in London voraussichtlich eine Zusammenkunft zwischen Poincaré und Theunis zustandekommen werde. Dem „Matin" zufolge, hat der belgische Botschafter bei seinem gestrigen Besuch bei Poincaré die Aeußerung der belgischen Regierung hinsichtlich einiger Abänderungsvorschläge überbracht, die Poincaré durch den französischen Botschafter in Brüssel unterbreiten ließ, um sie in dem englischen Antwortentwurf an Deutschland unterzubringen.

In hiesigen unterrichteten Kreisen hält man an der Ueberzeugung fest, daß Frankreich und Belgien darüber einig sind, die Verhandlungen bis zur Einstellung des deutschen Widerstandes hinzuziehen und daß die großen Linien der Gesamtregelung bereits für alle Verbündeten feststehen, wenn die Formeln für die künftige Verständigung auch noch nicht alle gefunden sind. Man erzählt hier, der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch habe vor seiner Abreise von Paris geäußert, es werde noch schwere Krisen und heftige Auseinandersetzungen geben, aber man dürfe sich dadurch nicht in der Zuversicht beirren lassen, daß die endgültige Regelung als gesichert gelten dürfe.

Einberufung des Reichstages.

Während des Monats August.

Der Reichstag wird im Monat August zusammentreten. Zu der „Vossischen Zeitung" ist am Mittwoch darauf hingewiesen, daß die baldige Einberufung des Reichstages ein Wunsch sei, der von mehreren Parteien geäußert wurde. Eine Besprechung des Reichstagspräsidenten mit der Reichsregierung und den Parteiführern hat die Vereinbarung ergeben, daß der Reichstag jedenfalls im August, wahrscheinlich in der ersten Hälfte des August seine Sommerferien unterbreche. Der genaue Termin konnte noch nicht festgesetzt werden, da wichtige Finanzgesetze, die dem Reichstage vorgelegt werden sollen, erst im Reichskabinett und im Reichsrate verabschiedet werden müssen. Der „Vorwärts" erachtet es für selbstverständlich, daß mit der Beratung dieser Gesetze „selbstverständlich auch eine politische Aussprache über die äußere und innere Lage" verbunden werden wird. Das Bedürfnis danach ist jedenfalls vorhanden, und sicherlich wird eine gründliche Aussprache im Reichstage zur Entspannung der innerpolitischen Atmosphäre beitragen.

Das Demonstrationsverbot.

Die weitere Geldentwertung, die durch sie bedingte fürchterliche Teuerung, die unerschwinglichen Preise der Lebensmittel, noch verschärft durch den Mangel an Kartoffeln, sind nicht unbedenkliche Gefahrenmomente. Trotzdem überwiegt die Auffassung, daß für die nächste absehbare Zeit ernste Störungen der öffentlichen Ordnung nicht zu befürchten seien, und dem kommenden Sonntag sieht man, nach dem Verbot der Versammlungen unter freiem Himmel und der Umzüge, ohne Nervosität entgegen. Die Kommunisten geben sich allerdings den Anschein, als würden sie sich an das Verbot der Regierung nicht weiter kehren. Die „Rote Fahne" behauptet in ihrem heutigen Leitartikel, den sie „Trotz der Verbote" überschreibt:

„Am 29. Juli haben die Arbeiter beschlossen, gegen den Faschismus zu demonstrieren. Sie werden sich von diesen Verboten durch keinerlei Verbote abhalten lassen. Sie werden die Mittel und Formen der Kundgebungen finden, die ihnen in den verschiedenen Städten und Industriebezirken Deutschlands am zweckmäßigsten erscheinen."

Das klingt so, als planten die Kommunisten eine Umgehung des Verbotes durch einen überraschenden Coup. Aber man wird wohl voraussetzen dürfen, daß die preußische Regierung und die lokalen Behörden, vor allem der Berliner Polizeipräsident, sich auf solche Ueberraschungs-Möglichkeiten eingerichtet haben.

Interessante Fragen.

Eigener Dienst der „Vossischen Zeitung".

wi **Paris**, 26. Juli.

Die kommunistische „Humanité" veröffentlicht unter der Ueberschrift „Fragen an Herrn de Wendel, deren Beantwortung Herrn Loucheur freisteht", in fettem Druck die folgenden Zeilen:

„Vor einiger Zeit wurde die Stadt Limburg besetzt. Ist Herr de Wendel nicht in der Lage, uns den Grund für diese militärische Operation anzugeben? Man versichert, daß die Städte Weilburg, Braunfels, Dillenburg und eine Grube bei Siegen demnächst besetzt werden. Könnte Herr de Wendel nicht sagen, inwiefern diese Operation von Interesse ist und ob es sich um ein offizielles oder um ein privates Interesse handelt? Ist Herr de Wendel nicht davon unterrichtet, daß ein Teil der Aktien der im besetzten Gebiet gelegenen Kruppwerke kürzlich Gegenstand einer Besitzübertragung waren? Die öffentliche Meinung wird zweifellos wünschen, daß diese Fragen, welche die wichtigsten politischen Probleme berühren, prompt beantwortet werden. Wir haben unsere Fragen an Herrn de Wendel gerichtet, aber, falls Herr Loucheur den Eindruck haben sollte, daß auch er ein Wort zu sagen hat, werden wir dagegen nichts einwenden."

Der Großindustrielle de Wendel ist der Vorsitzende des Comité des Forges.

Defizit-Wirtschaft.

Der Wert der Mark ist innerhalb des letzten Monats auf den fünften Teil gesunken und innerhalb einer Woche auf den dritten Teil. Diese selbst für deutsche Verhältnisse kaum dagewesene Währungskatastrophe ist aber nur das getreue Spiegelbild der deutschen Reichsfinanzen. Es dürfte in der Finanzgeschichte der europäischen Staaten einzig dastehen, daß die Einnahmen des Staates, wie es in Deutschland in der letzten Juni-Dekade der Fall war, nur noch 2 v. H. der Ausgaben ergaben und daß selbst zu Anfang des neuen Quartals, in der ersten Juli-Dekade, wo regelmäßig größere Steuerposten einzukommen pflegen, die Einnahmen nur 4 v. H. der Ausgaben betrugen. Angesichts dieses schreienden Mißverhältnisses muß man ernsthaft die Frage erwägen, ob es überhaupt noch einen Zweck hat, Steuern zu erheben, und ob das Reich nicht besser daran führe, wenn es die ganzen Finanzämter abschaffte und seinen Verbrauch restlos aus der Notenpresse bestreiten würde.

Die Gründe dieser unerhörten Defizit-Wirtschaft sind bekannt. Man weiß, daß der Ausfall an Einnahmen vor allem davon herrührt, daß der Steuereingang der Geldentwertung nachhinkt, und daß der Reichsfinanzminister Dr. Hermes sich bisher gegen die Einführung von Indexsteuern sträubt, obwohl sämtliche Parteien des Reichstags von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen die automatische Anpassung sämtlicher Steuern an die Geldentwertung fordern. Zu welchen grotesken Ergebnissen das bisherige System der Steuererhebung führt, möge durch ein paar Ziffern aus dem letzten Etatjahr illustriert werden. Da hat die Erbschaftsteuer, die trotz des embryonalen Zustandes, in dem sie sich vor dem Krieg in Deutschland befand, im Jahr 1913 60 Millionen Goldmark einbrachte, im letzten Etatjahr bei etwa tausendfacher Geldentwertung zwei Papiermilliarden abgeworfen hat, und die gesamten Vermögenssteuern haben vom 1. April 1922 bis zum 31. März 1923 dem Reich sieben Papiermilliarden eingetragen! Im Reichsfinanzministerium geht man jetzt mit dem Plan um, als „Rührpfer" im kommenden Oktober ein Mehrfaches der Vermögens- und der Erbschaftsteuer zu erheben. Aber alle Erhöhungen, mögen sie nominell noch so beträchtlich sein, sind für die Balancierung des Staatshaushaltes ungeeignet, solange man sich nicht zu dem Indexsystem entschließt.

Der Zusammenbruch unseres Steuerwesens darf aber nicht den Blick von der anderen Seite des Etats ablenken, nämlich von den Ausgaben. Das Defizit der Betriebsverwaltungen und namentlich der Reichseisenbahn, das seit dem 1. April d. J. nicht weniger als 7,8 Billionen und in der ersten Juli-Dekade allein 1½ Billionen betragen hat, wird sich trotz der sprunghaften Tariferhöhungen, die in den letzten Monaten vorgenommen worden sind, nicht ausgleichen lassen, solange das dichteste und ertragreichste Eisenbahnnetz im Ruhrgebiet überhaupt keine Einnahmen abwirft, die Ausgaben aber zum größten Teil fortbestehen.

Um so mehr hat das Reich die Pflicht, innerhalb der allgemeinen Finanzverwaltung zu sparen, wo es nur irgend geht. Unter diesem Gesichtspunkt werden auch die Ausgaben für das Heer der Beamten und Staatsangestellten einer sorgfältigen Nachprüfung unterzogen werden müssen. Nicht nur die Zahl der Staatsbediensteten muß auf das Mindestmaß verringert werden, sondern es muß auch ohne Scheu untersucht werden, ob das bisherige Besoldungssystem allen Anforderungen einer rationellen Wirtschaft entspricht. Wir haben bereits in der vorigen Woche in der „Vossischen Zeitung" anläßlich der Verhandlungen über die Valorisierung der Beamtengehälter die Frage aufgeworfen, ob das bisherige System der Vorauszahlung der Gehälter aufrechterhalten werden kann, und haben dabei die Alternative gestellt, die es für den Staat dabei nur geben kann: Entweder der Staat zahlt wie früher die Beamtengehälter vierteljährlich voraus und sorgt gleichzeitig dafür, daß die Beamten ihr Vorschußgehalt wertbeständig anlegen können, oder die Beamten müssen auf das Recht der Vorauszahlung verzichten und erhalten ihre Bezüge ebenso, wie die Angestellten in privatwirtschaftlichen Betrieben nachträglich und entsprechend der Geldentwertung valorisiert. Welche Mehrbelastung aber das jetzige Besoldungssystem für den Staat mit sich bringt, sei einmal zahlenmäßig nachgewiesen. Im letzten Vierteljahr (April bis Juni 1923) erhielt ein Berliner Beamter, der verheiratet ist und zwei Kinder hat und im zehnten Dienstjahr steht, in der Gehaltsstufe III, in der das Gros der Unterbeamten eingereiht ist, folgende Bezüge:

19. 3. Vierteljahresgehalt, April bis Juni . .	819 864 M.
14. 4. ¾ der Aprilbezüge als einmaliges Teuerungszuschlag	189 966 „
7. 5. Nachzahlung auf erhöhte Ortszuschlagszulage	17 784 „
12. 5. ¾ der Aprilbezüge als einmalige Teuerungszulage	63 322 „
24. 5. Auszahlung der erhöhten Maibezüge und Junivorauszahlung	350 000 „
11. 6. Nachzahlung für erhöhte Junibezüge . .	337 480 „

Auf die einzelnen Monate verteilt, erhielt der Beamte: Für April 469 182 M., für Mai 517 538 M., für Juni 1 238 884 M. Legt man den Dollarkurs zugrunde, den die jeweiligen Bezüge am Tage der Auszahlung repräsentierten, so ergibt sich ein Vierteljahresgehalt von 61,4 Dollar.